

## Gruppe 41 - Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

11. November 2013

### Afghanistan

#### Sicherheitslage

Am 06.11.13 wurden nahe der Stadt Qalat (Provinz Zabul, Südafghanistan) die Leichen von sieben von Taliban verschleppten Soldaten gefunden. Seit Beginn des Abzugs der internationalen Truppen sind afghanische Sicherheitskräfte verstärkt das Ziel von Angriffen Aufständischer.

Am 08.11.13 kamen nahe der Stadt Qalat (Provinz Zabul, Südafghanistan) acht Zivilisten um, als ihr Fahrzeug auf einen am Straßenrand versteckten Sprengsatz fuhr. Mehrere Personen wurden verletzt. Im Bezirk Ghorak (Provinz Kandahar, Südafghanistan) starben zwei Männer und ein Kind als sie mit einem Motorrad auf einen Sprengsatz fuhren.

### Pakistan

#### Neuer Führer der pakistanischen Taliban

Die pakistanischen Taliban (Tehreek-e-Taliban Pakistan, TTP) haben Mullah Fazlullah zum Nachfolger des bei einem US-Drohnenangriff getöteten Hakimullah Mehsud gewählt (vgl. BN v. 04.11.13). Mullah Fazlullah gilt als Hardliner, der Verhandlungen mit der pakistanischen Regierung ablehnt. Er wird für öffentliche Auspeitschungen und Hinrichtungen sowie das Niederbrennen von Schulen im Swat-Tal verantwortlich gemacht. Außerdem soll er den Mordanschlag auf das Mädchen Malala Yousafzai, das sich für das Recht auf Bildung für Frauen einsetzt, in Auftrag gegeben haben.

#### Anschläge im Oktober

Im Oktober 2013 gab es nach Angaben des Pakistan Institute for Peace Studies (PIPS) 122 als Terroranschläge eingestufte Angriffe, bei denen 135 Menschen getötet (50 % weniger als im September) und 326 verletzt wurden. Die meisten Angriffe ereigneten sich in den Provinzen Khyber Pakhtoonkwa, Balochistan, Sindh (Karachi) und den Federally Administered Tribal Areas (FATA).

### Irak

Am 04.11.13 starben bei mehreren Anschlägen u.a. in Baquba, Mosul, Al-Riad bei Kirkuk und Tikrit unterschiedlichen Meldungen zufolge zwischen 39 und 56 Menschen. Die Zahl der Verletzten soll zwischen 56 und 117 liegen. Ziel mehrerer Anschläge und Überfälle seien Polizeiwachen gewesen.

Am 05.11.13 wurde von insgesamt 20 bis 29 Todesopfern berichtet, 29 Menschen seien verletzt worden.

Am 06.11.13 kamen mindestens 22 Menschen bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Mosul, Baiji, Ramadi, Kirkuk und Tikrit ums Leben, mindestens 68 seien verletzt worden.

Am 07.11.13 starben bei Anschlägen u.a. in Balad, Mosul, Bagdad und Karbala zwischen 33 und 58 Menschen.

Am 08.11.13 gab es u.a. in Mosul, Bagdad, Falluja und Sulaimaniya mindestens 25 Todesopfer.

Am 09.11.12 wurden bei mehreren Anschlägen u.a. in Bagdad, Nassiriya und Baquba mindestens acht Menschen getötet.

Verschiedenen Meldungen zufolge gab es am 10.11.13 bei Anschlägen u.a. in Mosul, Bagdad, Samawa, Falluja und Balad zwischen sieben und 20 Todesopfer.

Im Jahr 2013 hat die Gewalt in Irak zugenommen. Nach der Zählung von Iraq Body Count wird die Zahl der zivilen Todesopfer mit 7.500 angegeben (Stand: 10.11.13). Im Vergleich hierzu lag die Zahl der zivilen Todesopfer im gesamten Jahr 2012 bei 4.574.

### **Termin für Parlamentswahl festgesetzt**

Für die Parlamentswahl wurde der 30.04.2014 bestimmt.

### **Technisches Hilfswerk in die autonome Region Kurdistan**

Laut Pressemeldung vom 06.11.13 soll das Technische Hilfswerk in der autonomen Region Kurdistan tätig werden und den Aus- und Aufbau von Flüchtlingscamps für syrische Flüchtlinge unterstützen. Zu den Aufgaben gehörten auch die Errichtung von Abwassersystemen, die Verbesserung der Wasserversorgung, der Bau von Schulen auf Containerbasis sowie die Ausbildung von Reparaturteams in den Flüchtlingslagern.

## **Iran**

### **Hungerstreik politischer Gefangener**

Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen traten mehr als 80 politische Gefangene in einen Hungerstreik. Unter ihnen ist der Menschenrechtsanwalt Abdolfattah Soltani. Mit ihrem Hungerstreik protestieren die Gefangenen gegen die schlechte medizinische Versorgung. So würde die Verlegung kranker Gefangener in Krankenhäuser und die Bezahlung teurer Behandlungen immer wieder behindert. Laut der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi seien in den letzten Jahren mehr als zwei Dutzend Gefangene infolge langer Vernachlässigung unter höchst dubiosen Umständen gestorben. Mit verschiedenen Menschenrechtsorganisationen forderte sie die Staatengemeinschaft auf, in einer UNO-Resolution ihre Sorge über die Lage der politischen Gefangenen auszudrücken. Auch der UN-Sonderberichterstatter für Iran, Ahmed Shaheed, hatte vergangene Woche in einem Bericht kritisiert, es habe bei den Menschenrechten trotz der Versprechen Präsident Rohanis kein Zeichen der Verbesserung gegeben.

## **Jemen**

### **Schiiten-Angriff auf Salafisten-Hochburg**

Im Norden Jemens sind in der vergangenen Woche Kämpfe zwischen der Houthi-Miliz und Salafisten ausgebrochen, die nach lokalen Medienberichten bisher hunderte Todesopfer gefordert haben sollen. Die Houthi, die der schiitischen Religionsgemeinschaft der Zaiditen angehören, belagern und beschießen eine salafistische Religionsschule in Dammaj, wenige Kilometer von der Provinzhauptstadt Saada entfernt. Versuche, einen Waffenstillstand zu vermitteln, sind bisher gescheitert.

## **Israel/Palästinensische Autonomiegebiete**

### **Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern gescheitert**

Die Palästinenser haben die Fortsetzung von Friedensverhandlungen mit Israel abgelehnt, sofern der Bau jüdischer Siedlungen nicht sofort eingestellt wird. Das sagte ein hochrangiger Palästinenservertreter am 05.11.13 nach einer kontroversen Gesprächsrunde mit israelischen Unterhändlern. Gescheitert seien die Verhandlungen deshalb, weil die israelische Seite entschlossen sei, die Besiedlung fortzusetzen. So hatte Israel kurz nach der Freilassung von 26 palästinensischen Häftlingen den Bau hunderter neuer Siedlerwohnungen in Ostjerusalem angekündigt (vgl. BN v. 04.11.13). Wie weit die Standpunkte beider Verhandlungspartner derzeit auseinanderklaffen, wurde auch durch Indiskretionen der israelischen Seite deutlich. Übereinstimmend berichteten der staatliche Rundfunk und die Tageszeitungen „Maariv“ und „Jediot Acharonot“, dass Israel vorgeschlagen habe, anstelle der Grenzen von 1967 den Verlauf der israelischen Sperranlagen zum Ausgangspunkt der Verhandlungen zu machen. Dadurch würden die palästinensischen Autonomiegebiete kleiner.

## Syrien

### **Nationale Koalition schließt Teilnahme an geplanter Friedenskonferenz nicht aus**

Die oppositionelle Syrische Nationale Koalition will, sofern ihre Bedingungen erfüllt werden, an der Friedenskonferenz für Syrien teilnehmen. Diese war für den 23./24.11.13 geplant und soll jetzt evtl. im Dezember stattfinden. Die Nationale Koalition forderte am 11.11.13 eine Garantie, dass Hilfsorganisationen Zutritt zu den belagerten Gebieten erhalten und die Freilassung Gefangener, insbesondere die von Frauen und Kindern. Die Konferenz müsse in einen politischen Wandel münden. In syrischen Oppositionskreisen ist die Teilnahme an der Konferenz umstritten, viele islamistische Gruppierungen haben abgesagt. Die syrische Regierung hat ihre Teilnahme bereits angekündigt.

### **UNO beginnt mit Impfkampagne**

Nach dem Ausbruch von Polio hat die UNO in Syrien und sechs weiteren Ländern der Region mit einer großen Impfkampagne begonnen. Die Weltgesundheitsorganisation und das UN-Kinderhilfswerk teilten am 08.11.13 in Genf mit, bereits 650.000 Kinder seien gegen Poliomyelitis geimpft worden. Insgesamt sollen 20 Millionen Kinder geschützt werden.

## Côte d'Ivoire

### **Ehemaliger Präsident bleibt in Haft**

Laurent Gbagbo, früherer Präsident Côte d'Ivoires, der seit zwei Jahren in Den Haag inhaftiert ist und auf seinen Prozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof wartet, kommt nicht vorläufig frei. Sein Antrag wurde am 05.11.13 abgelehnt. Gbagbo werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter Mord und Vergewaltigung, zur Last gelegt. Ein Prozesstermin steht nicht fest. Das Gericht prüft noch die Anklage. Der 68-Jährige ist das erste frühere Staatsoberhaupt, das in Gewahrsam des Strafgerichtshofes ist. Er unterlag bei den Präsidentschaftswahlen 2010 seinem Herausforderer Alassane Ouattara, weigerte sich jedoch abzutreten. Bei den folgenden Kämpfen zwischen den Anhängern beider Kandidaten sollen rund 3.000 Menschen ums Leben gekommen sein.

## Eritrea

### **Erneut Verhaftungswelle gegen Christen**

Mit großen Verhaftungsaktionen setzen eritreische Behörden ihr hartes Vorgehen gegen Christen fort. So sollen zuletzt Ende Oktober 70 Anhänger der Kirche Living God während eines Gebetstreffens im Norden der Hauptstadt Asmara verhaftet und in die Polizeistation in Edaga Hamus gebracht worden sein. Nach Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors hat sich seit Jahresbeginn die Zahl der inhaftierten Christen auf rund 300 erhöht. Schätzungsweise 1.500 Männer und Frauen sollen aus religiösen Gründen ohne offizielle Anklage oder Gerichtsverfahren – zum Teil seit Jahren – landesweit in Polizeistationen, Militärlagern oder Schiffscontainern eingesperrt sein. Mehrere Gefangene seien in der Haft u.a. an Verletzungen durch Misshandlungen oder in Folge der schlechten Versorgung gestorben. Open Doors beziffert die Zahl der Todesfälle allein in 2013 auf 25. Häufig würde die medizinische Behandlung verweigert.

Im Mai 2002 erklärte Präsident Issayas Afwerki alle Kirchen für illegal. Nur die Eritreisch-Orthodoxe und die Katholische Kirche sowie die Evangelisch-Lutherische Kirche und der Islam sind anerkannt. Seitdem veranlasst die Regierung Festnahmen und Kirchenschließungen und verbietet Privatversammlungen. Betroffen sind insbesondere Zeugen Jehovas, pfingstlich oder evangelikal ausgerichtete Minderheitskirchen und muslimische Wahhabitin.

## Somalia

### **Bombenanschlag in Mogadischu**

Bei der Explosion einer Autobombe vor einem Hotel in Mogadischu sind am 08.11.13 fünf Menschen getötet und 26 Personen verletzt worden. Unter den Opfern befanden sich den Angaben nach zwei Polizisten, zwei Zivilisten und ein Abgeordneter. Ein Regierungsvertreter sagte, der Angriff trage die Handschrift der

Shabaab-Miliz. Die Terroristen hätten versucht, auch in dem populären Maka-Almukarma Hotel im Stadtteil Hodan Sprengkörper zu zünden, dies sei aber nicht gelungen, berichtete ein Polizeisprecher.

## **DR Kongo**

### **M23-Rebellion nach 20 Monaten beendet**

M23-Präsident Bertrand Bisimwa erklärt das Ende des bewaffneten Kampfes. Nur wenige Stunden zuvor waren die letzten M23-Rebellen in der Nacht zum 05.11.13 aus ihren Stützpunkten Chanzu und Runyonyi in den Bergen an der Grenze zu Uganda und Ruanda von der Regierungsarmee mit militärischer Unterstützung der UN-Interventionsbrigade vertrieben worden. Bisimwa sagte, zur Erreichung ihrer Ziele werde die M23 künftig nur politische Mittel einsetzen. Er forderte seinen Generalstab und seine M23-Kommandeure auf, alle Vorbereitungen zu Entwaffnung und Demobilisierung der Kämpfer zu treffen. Ein kleinerer Teil hat sich den kongolesischen Regierungstruppen ergeben. 1.500 Kämpfer, darunter auch der oberste M23-Militärführer Sultani Makenga, flüchteten nach Uganda und ergaben sich dort, so ugandische Armeangaben vom 07.11.13. Am 11.11.13 bereits wollen M23 und die kongolesische Regierung ein Friedensabkommen in Kampala/Uganda unterzeichnen.

Im Ostkongo sind rund 50 bewaffnete Gruppen aktiv. Der kongolesische Informationsminister Mende hat am 05.11.13 angekündigt, dass als Nächstes die nach der M23 bedeutendste Rebellenorganisation, die ruandische Hutu-Miliz FDLR (Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas), entwaffnet werden soll. Die UN-Sondergesandte für die Region der Großen Seen, Mary Robinson, äußerte sich am 10.11.13 ebenso.

## **Nigeria**

### **Sieben Tote bei Gefechten mit Boko Haram in Kano**

Am 09.11.13 wurden fünf Mitglieder der islamistischen Organisation Boko Haram sowie zwei Soldaten getötet, als das Militär zwei von Boko Haram genutzte Häuser in den Stadtvierteln Hotoro Dan Marke und Brigade von Kano (Hauptstadt des gleichnamigen nordnigerianischen Bundesstaates) erstürmte. Bei dem Vorfall handelte es sich um die erste gewaltsame Auseinandersetzung seit Juli 2013 mit Boko Haram in Nigerias zweitgrößter Stadt.

## **Kosovo**

### **Neuwahlen in drei Wahllokalen in Nord-Kosovo**

Nach den schweren Ausschreitungen und dem vorzeitigen Abbruch der Kommunalwahl in einigen Wahlkreisen (vgl. BN v. 04.11.13) wird der Urnengang am 17.11.13 in drei Wahllokalen in Mitrovica wiederholt.

## **Bosnien und Herzegowina**

### **Hoffnungslosigkeit der schrumpfenden Bevölkerung**

Im Oktober fand erstmals seit 1991 eine Volkszählung statt. Die offiziellen Ergebnisse werden im Januar veröffentlicht werden. Nach den ersten vorläufigen Zahlen ist die Einwohnerzahl von 4,4 auf 3,79 Millionen (-13 %) gesunken.

Laut einer aktuellen Studie der Vereinten Nationen verspürt rund die Hälfte der Bevölkerung Lethargie und Verbitterung und glaubt, dass sich ihre Lage auch im nächsten Jahr nicht verbessern wird. Ein Zehntel rechnet mit einer Verschlechterung. Mit einer Arbeitslosenquote von ca. 42 % hat das Land die höchste Arbeitslosigkeit in Europa.

## **Russische Föderation**

### **Tausende protestieren in Moskau gegen Ausländer und Muslime**

Am 04.11.13 kamen zum „Russischen Marsch“ der Nationalisten weniger Demonstranten, als die Organisatoren angekündigt hatten. Laut Angaben der Agentur AFP gingen etwa 10.000 Menschen gegen Ausländer auf die Straße. Mit Sprüchen wie „Heute eine Moschee, morgen der Dschihad“ oder „Junge Leute gegen Toleranz“ nahmen die Demonstranten vorrangig gegen muslimische Ausländer Stellung. Auch in St. Petersburg, Kasan und Irkutsk gingen Nationalisten auf die Straße und demonstrierten gegen Ausländer. Ausschreitungen, zu denen es in den Vorjahren am Rande des Marsches gekommen war, blieben aus. Etwa 30 Personen wurden wegen Ordnungswidrigkeiten oder der Verwendung von Nazi-Slogans und -Symbolen festgenommen.

### **Hintergrund**

Die Zuwanderung vieler Gastarbeiter aus den verarmten früheren Sowjetrepubliken im Kaukasus und aus Zentralasien hat die ethnischen Spannungen in Russland angeheizt. Die Nationalisten werfen den Einwanderern vor, für die hohe Kriminalitätsrate verantwortlich zu sein und den Russen Jobs wegzunehmen. Zumeist arbeiten die Migranten in großen Städten auf dem Bau oder in anderen schlecht bezahlten Branchen, in denen Russen nur selten arbeiten. Laut Statistik leben in Russland etwa elf Millionen Migranten. Die meisten Einwanderer halten sich legal im Land auf.

## **Tadschikistan**

### **Präsidentenwahlen: Amtsinhaber gewinnt**

Bei den Präsidentenwahlen am 06.11.13 gewann der Amtsinhaber, Emomali Rahmon, mit 84 % der Stimmen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beschrieb den Wahlverlauf als undemokratisch. Wirkliche Gegenkandidaten gab es nicht, da die fünf zugelassenen Kandidaten als dem Präsidenten gegenüber loyal gelten. Eine Gegenkandidatin der Opposition war an den Zulassungsbestimmungen gescheitert.

## **Bangladesch**

### **150 Grenzschilder zum Tode verurteilt**

Am 05.11.13 verurteilte ein Sondergericht in Dhaka 150 Soldaten zum Tode und über 350 zu langjährigen Haftstrafen. Die Soldaten waren Mitglieder der Grenzschutzinheit Bangladesh Rifles, die 2009 aus Protest gegen ihre Bezahlung und ihre Arbeitsbedingungen gemeutert hatten. Dabei waren mehr als 70 Menschen, darunter 57 ranghohe Offiziere, ermordet worden. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch bezweifelt, dass es sich um faire Gerichtsverfahren gehandelt hat, da die Angeklagten kaum oder keinen Zugang zu Anwälten gehabt hätten. Auch sollen Angeklagte gefoltert worden sein.

## **Nordkorea**

### **Nordkorea richtet 80 Häftlinge hin**

Das nordkoreanische Regime hat Berichten zufolge angeblich 80 Menschen in sieben Städten öffentlich exekutieren lassen angeblich wegen des Besitzes verbotener TV-Serien und Prostitution.